

Mobilfunk – „die Eisenbahnkrankheit des 21. Jahrhunderts“?

Rund vier Monate nach Inbetriebnahme einer neuen Mobilfunkstation auf dem Anwesen Schwarzenbergstraße 50 scheinen sich die Fronten zwischen dem Hauseigentümer und seinen besorgten NachbarInnen weiter zu verhärten. Während die AnwohnerInnen verstärkt über die typischen Symptome wie Bluthochdruck, Schlaflosigkeit und Übelkeit klagen und davon sprechen, dass die Strahlungsleistung der Anlage zur Nutzung der UMTS-Technologie kontinuierlich hochgefahren worden sei, versucht die Familie Keiling mögliche Gesundheitsgefahren zu verharmlosen und eine weitere Berichterstattung in der **GAZ** rechtlich zu verhindern.

Nach Veröffentlichung der letzten **GAZ**-Ausgabe (Nr. 66 vom Februar/März 2006) erhielt die **GAZ**-Redaktion Post von Heinz Keiling, dessen Sohn Thomas die Firma „Keiling electronic“ im Haus Schwarzenbergstr. 50 betreibt. Er monierte insbesondere ein Foto in der **GAZ** 66 von dem Gebäude, auf dem zugleich das Dach mit Mobilfunkantenne und die Firmenaufchrift auf der Hauswand zu sehen war, und forderte eine Richtigstellung. Denn die Firma „Keiling electronic“ habe mit der Antenne nichts zu tun. Die **GAZ**-Redaktion lehnte dies ab.

Monate später kam ein neues Schreiben, diesmal von einer Rechtsanwaltskanzlei, die die Vertretung von Thomas Keiling als Firmeninhaber übernommen hatte. Darin wurde die Homepage der GAL beanstandet, auf der auch alle **GAZ**-Artikel veröffentlicht sind, und gefordert, das strittige Foto innerhalb von drei Tagen von der Internetseite zu entfernen.

Begründung: Da das Haus Schwarzenbergstraße 50 nicht Eigentum der Firma „Keiling electronic“ sei, habe das **GAZ**-Foto und die kritische Berichterstattung „einen rechtswidrigen Eingriff in den Gewerbebereich unseres Mandanten“ verübt, somit dessen Schutzbereich verletzt. Und weiter: Es sei „offensichtlich (...), dass potentielle Kunden, die – wie Sie – gegen die Errichtung von Mobilfunkmasten im Stadtgebiet eingestellt sind, abgeschreckt wer-

den und wegbleiben. Der Umsatzrückgang ist bereits signifikant.“ Abschließend wurde noch mit gerichtlichen Maßnahmen gedroht und die Zahlung einer Rechtsanwaltsgebühr in Höhe von 555 Euro verlangt. Selbstverständlich ist die **GAZ** dem Keilingschen Verlangen nicht nachgekommen.

„Signifikante Umsatzrückgänge“

Denn die Argumentation der Familie Keiling ist mehr als spitzfindig. In der Tat hat die auf dem Bild in der **GAZ** 66 abgebildete Unterhaltungselektronikfirma Keiling insoweit nichts mit der Mobilfunkantenne zu tun, als sie nicht Eigentümerin des betreffenden Grundstücks ist. Diese Behauptung wurde in der **GAZ** auch nie aufgestellt. Nach unseren Recherchen und dem aktuellen Grundbuchauszug ist das Anwesen im Eigentum von Agnes Keiling – sie ist die Ehefrau des ehemaligen Firmenchefs Heinz Keiling und Mutter des jetzigen Firmenchefs Thomas Keiling.

Interessant ist immerhin, dass die Firma Keiling selbst von „signifikanten Umsatzrückgängen“ spricht, die sie offenbar eindeutig auf die Mobilfunkanlage zurückführt. Die Familie Keiling sollte sich deshalb eher fragen, ob die Vermietung ihres Daches an einen Mobilfunkanbieter diese Geschäftsschädigung wert war. Aber vielleicht rechnet es sich ja auch finanziell. Über ih-



Der Streit um die Mobilfunkanlage in der Schwarzenbergstraße spitzt sich weiter zu.
Foto: Herbert Mackert

re Mieteinnahmen hat sich die Familie Keiling in der Öffentlichkeit bisher ausgeschwiegen.

„Angst machende Propaganda“

In Flugblättern und einem Leserbrief wehrt sich Keiling sen. jedoch vehement gegen die in seinen Augen „Angst machende Propaganda“ seiner NachbarInnen, der MobilfunkgegnerInnen im allgemeinen und der „grünen BewerberInnen um den Bürgermeisterposten“ (gemeint ist Ursula Sowa) im besonderen. Den Mobilfunk vergleicht er mit der Einführung der Eisenbahn im 19. Jahrhundert. Auch damals hätten Ärzte vor der „rasenden“ Geschwindigkeit der ersten Lokomotiven von rund 40 Stundenkilometern gewarnt. „Doch mit der Zeit verschwand das Misstrauen gegenüber der Geschwindigkeit, und die Passagiere genossen das Reisen“, heißt es in dem Flugblatt, das mit dem Satz endet: „Die Angst vor dem Mobilfunk ist die Eisenbahnkrankheit des 21. Jahrhunderts.“

NachbarInnen fordern Netzplan

Die NachbarInnen und Mobilfunk-SkeptikerInnen fühlen sich dagegen eher wie David gegen Goliath. „Die Dinge beim Namen zu nennen, gilt schon als Propaganda“, sagt Mechthild Westiner, die Sprecherin der mittlerweile 20 Mobilfunk-Initiativen in Bamberg-Stadt und -Land. Gegenüber den Bürgergruppen verfügen doch die Mobilfunkanbieter über ein Vielfaches an Propaganda- und Werbemöglichkeiten, kritisiert sie.

Der Dachverband der Bamberger Mobilfunkinitiativen fordert weiter einen Netzplan wenigstens für das Stadt-

gebiet, in dem die Mobilfunkanbieter verpflichtet werden, ihre inzwischen über 40 Sendeanlagen so abzustimmen, dass die geringstmögliche Strahlungsbelastung entsteht.

Weil sich aber die Betreiber einer Mitarbeiter an einem Netzplan verweigern, und die Stadt keine rechtliche Handhabe hat, eine Netzplanung durchzusetzen, bleibt dies vorerst Wunschdenken.

Zuhause im Strahlungskegel

Kein Trost für die AnwohnerInnen entlang der Schwarzenberg-, Nürnberger- und Strickerstraße. Einige zogen die Konsequenzen und kündigten ihre Mietwohnungen. Andere aber haben ihre vier Wände erst vor wenigen Jahren gekauft und viele tausend Euro in ihr Zuhause investiert. Wie eine Frau, die in ihrer im direkten Strahlungskegel der Anlage gelegenen Wohnung inzwischen eine Belastung von über 3000 Mikrowatt pro Quadratmeter misst. Seither klagt ihr Sohn auffallend häufig über Nasenbluten.

Das Argument der Mobilfunkindustrie, viele Sendeanlagen mit geringerer Leistung seien weniger gesundheitsgefährdend als wenige Antennen, von denen aber jede stärker strahlt, hält Initiative-Sprecherin Westiner für eine Milchmädchenrechnung. Elektromagnetische Leistungen könne man nicht einfach addieren. Es komme vielmehr auf die Reflexionssituation vor Ort an. Und da gebe es oftmals einen verdichten Wellensalat, der die Belastung um ein Vielfaches erhöhe. Der Vergleich Mobilfunk – Eisenbahn ist für Westiner absurd: „Die biologische Wirkung von elektromagnetischen Strahlen auf menschliche Zellen ist eindeutig nachgewiesen.“

I N H A L T

Lauer Legenden

Über Verdienste und Nicht-verdienste des ehemaligen Oberbürgermeisters

Seite 2

Ein „roter“ OB in Bamberg

Wird mit Andreas Starke alles anders?

Seite 3

Die Hitliste nutzloser Gutachten

Wenn ein paar Tipps oder „Anbahnungsgespräche“ zigtausend Euro kosten ... – der Steuerzahler zahlt's ja.

Seite 3

Notendurchschnitt: ausreichend

25 Jahre Umweltschutz in Bamberg – ein nicht immer zufrieden stellendes Zwischenzeugnis für die Stadt.

Seite 4

Auf Weltreise zum Bäcker?

Der demographische Wandel geht auch an der Region Bamberg nicht spurlos vorüber. Nötig wäre ein Siedlungsmanagement.

Seite 5

gestern HEUTE morgen

Ein Fotoprojekt von Gerhard Schlötzer zeigt den öffentlichen Raum aus etwas anderen Blickwinkeln.

Seite 6

Schulweg durch die Unterführung?

Wenn die Teilhauptschulen in Bamberg geschlossen werden, gibt es auch für die jüngsten Schulkinder bald gefährliche Schulwege.

Seite 6

Fränkischer Tratsch

Die **GAZ**-Redaktion konnte es sich einfach nicht verkneifen: Eine Seite Satire auf unseren „neuen Fränkischen Tag“...

die absolut letzte Seite

Bald Mobilfunkmast im Bruderwald?

Jüngste Gerüchte besagen, dass demnächst ein neuer Mobilfunksendemast im Bruderwald errichtet wird. Entsprechende Informationen waren aus den Reihen der Staatsforstverwaltung zu vernehmen, außerdem sind immer wieder vor Ort Messwagen eines Mobilfunkanbieters zu sehen. Und auch das städtische Umweltamt bestätigte, dass die Firma, die schon auf der BRK-Zentrale am Paradiesweg eine Sendeanlage aufstellen wollte, weiterhin auf der Suche nach einem Ersatzstandort in der Nähe ist.

Der Mietvertrag mit dem BRK war bereits unterschrieben, aber die Stadt verweigerte der über 10 Meter hohen Anlage damals die Bauenehmigung. Die Sache ging auf Betreiben der Mobilfunkfirma vor Gericht. Schließlich bekam aber die Stadt Recht – es wurde nicht gebaut. Nicht zuletzt heftige BürgerInnenproteste, Unterschriften Sammlungen und Transparente machten rund um den Paradiesweg Stimmung gegen den Standort in unmittelbarer Nähe zu Wohnsiedlungen, Klinikum, Philippus-Kindergarten und Altenheim an der Lohenhoferstraße.

Doch nun scheint ein neuer Standort zu drohen, der besagte Einrichtungen nicht weniger belasten würde. Der Bayerische Staat will offenbar den Staatsforst Bruderwald für einen Mast zur Verfügung stellen. Besonders heikel ist dabei, dass der Bruderwald seit neuestem auch die Heimat eines Waldkindergartens ist – selbstverständlich mit Zustimmung der Forstverwaltung. Ein Bauantrag für den Waldkindergarten-Bauwagen wurde kürzlich bei der Stadt Bamberg eingereicht.